

Berlin, 9.11.87

- Offener Brief -

Werter Herr Hager !

Mit großer Betroffenheit haben wir Ihren Artikel 'Friedenssicherung und ideologischer Streit' im ND vom 28.10.87 aufgenommen - wir sehen in ihm eine klare Absage an den von vielen Menschen dieses Landes erhofften Prozeß sozialistischer Umgestaltung.

Viel schreiben Sie wieder über Frieden, viel auch über 'Verständigung und Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Kräften', mehrfach betonen Sie Ihre 'friedenssichernde und entspannungsfördernde Dialogpolitik mit allen verständigungsbereiten Kräften in der Welt'...

Wir begrüßen diese aufs Weltweite zielende Dialogbereitschaft. Wir vermissen jedoch in Ihrem Artikel jeden Ansatz, diesen Dialog endlich auch mit den 'verständigungsbereiten Kräften' hier, in unserem Land, in Gang zu bringen.

Die Politik der DDR wurde in fast vier Jahrzehnten derartig stark von der Entwicklung in der Sowjetunion geprägt, daß wir hier durchaus unter ganz ähnlichen Konflikten leiden wie die Menschen dort: Hier wie dort herrscht eine große Kluft zwischen den Regierenden und einem Großteil der Bevölkerung, der an allen politischen Entscheidungen keinerlei Anteil hat; hier wie dort erzeugt die Allgegenwart der Staatsmacht eine gesellschaftliche Apathie, die ihren Ausdruck in politischem Desinteresse der Werktätigen findet; hier wie dort äußern häufig gerade junge Menschen das Gefühl, zukunftslos zu sein...

Gorbatschows Kurs der Offenheit und Umgestaltung ist der heute einzig mögliche Weg, diese Probleme zu lösen - der einzig mögliche Weg, um sozialistische Demokratie in allen Bereichen des politischen Lebens wirkungsvoll und mündig zu entfalten.

Mit Ihrer Absage an diese Politik für das Territorium der DDR unterdrücken Sie weiterhin die öffentlich - kritische Analyse der Verhältnisse in der DDR, die jedoch dringend nötig wäre, um das Vertrauen vieler Menschen in eine wirklich sozialistische Entwicklung unseres Landes neu zu beleben.

Allein durch die Übernahme Gorbatschow'scher Begriffe in die

Sprachrohre Ihrer Ideologie wird den Konflikten in dieser Gesellschaft auf Dauer nicht beizukommen sein.

Und so lesen wir zwar vom 'neuen Denken' und 'neuen Handeln', doch wir erfahren an uns und anderen Betroffenen, die Ihre Zeitungen beim Wort nehmen, daß es sich hier wohl um rhetorischen Bluff handelt, da Druck und Entmündigung durch Staatsorgane in Wirklichkeit unvermindert anhalten.

Wir lesen vom nimmermüden Lob, das Sie westlichen Friedensbewegungen zollen, doch wir fragen: was ist mit den vielen Menschen hier, die seit einem Jahrzehnt für die gleichen Friedensgedanken eintreten?! Was ist mit denen, die von den Universitäten flogen, ihre Arbeit verloren, Ordnungsstrafen berappen mußten, eingesperrt wurden - nur, weil ihnen ein paar Jahre früher aufging, daß es letztlich keinen Unterschied macht, ob das 'Teufelszeug' mit SS 20 oder Pershing beschriftet ist?!

- Noch immer sind sie den heftigsten staatlichen Pressionen ausgesetzt!

Ein Satz von Herrn Biermann (Kombinatsdirektor im 'Carl-Zeiss' von Jena und ZK-Mitglied) - geäußert voriges Jahr im ARD - ist uns in bitterer Erinnerung: 'Wir führen keine Fehlerdiskussion.'

Die Selbstüberhebung der Mächtigen hat noch nie zu einer Politik geführt, durch die sich die Menschen eines Landes wirklich vertreten fühlen - und die Friedenspolitik Ihrer Regierung kann auch in Zukunft nur dann glaubhaft sein, wenn sie gleichzeitig im Inneren des Landes zum Tragen kommt.

1948, in einem Gespräch mit jungen Intellektuellen, äußerte der Dichter Bert Brecht: 'Ein Land, das seine Vaterlandsverräter be-  
lohnt, weil sie seine Schändlichkeiten bekämpfen, möchte man vielleicht zum Vaterland haben'...

Gut, wir konnten uns unser Vaterland nicht aussuchen und haben nun als Künstler seit mehr als zwei Jahren Berufsverbot - eine Zeit, die uns existentiell schneidend geprägt hat.

Wir sind der Allgegenwart eines Sicherheitsapparates ausgesetzt, der das ihm mögliche versucht, unsere Auftritte in kirchlichen Räumen zu verhindern. Darüber hinaus spüren wir eine landesweite

Diskriminierungskampagne durch Ihre Staatsorgane, die immer unerträglichere Verleumdungsformen annimmt ( nach dem 'heimlichen Ausreiseantrag' nun 'Obszönitäten und Rassismus in unserer Kunst' und 'Lockspitzeltätigkeit für die Staatssicherheit'...). Pfarrer werden eingeschüchtert - und sind sie trotzdem nicht bereit, unsere Auftritte aus kirchlichen Räumen zu verbannen, werden sie immer häufiger mit Ordnungsstrafen von 500.- Mark belegt.

Wir betrachten derartige 'Kampfmittel' (ebenso wie unsere Telefonblockade/ Postsperre/ Reiseverbot...) als Angriff auf unsere menschliche Würde und unsere Arbeit als sozialistische Künstler. Wir sind betroffen von den Übergriffen des Staates auf kirchliche Gemeindegarbeit.

Trotz äußerst begrenzter Werbemöglichkeiten kamen in den vergangenen zwei Jahren mehr als 80 000 Menschen in unsere Theaterabende und Liederkonzerte. Wir erleben das starke gesellschaftliche Bedürfnis nach ehrlicher, kompromißloser Kunst - ein Bedürfnis, das in Ihrer Kulturpolitik keine Berücksichtigung findet. Wieder wurde ein Liederprogramm Krawczyks von Ihren Funktionären abgelehnt, 'weil es' - so die Begründung - 'weder den kulturpolitischen Grundsätzen noch den Interessen der DDR entspricht'. Wann endlich hören Bürokraten auf, über Grundsätze und Interessen einer Bevölkerung zu bestimmen ?!

Zwei Jahre lang haben viele Menschen mit Spendengeldern unsere Existenz und künstlerische Weiterarbeit ermöglicht; wir haben Solidarität erfahren, ohne die wir hier nicht hätten leben können - und wir sehen darin ein Zeichen, daß sich mehr und mehr Menschen in unserer Gesellschaft als mündige und selbst handelnde Wesen begreifen wollen.

Doch wir fragen: wieso müssen die Leute ihre Kultur doppelt bezahlen ? Die Staatsorgane ziehen den Werktätigen die Kultursteuern automatisch ab und verfügen nach eigenem Gutdünken darüber - riesige Summen für jene, die die herrschenden Verhältnisse loben - nichts für jene, die sie kritisieren ( Qualität spielt in beiden Fällen keine Rolle). Riesige Summen für eine Masse von Kulturfunktionären, riesige Summen für ein Filmwesen,

das nur noch von wenigen wahrgenommen wird, für große Estraden, den Funk, das Fernsehen... - nach den Bedürfnissen derer, die diese Gelder erarbeiten, wird kaum mehr gefragt. Dieses Verfahren hat nichts mit sozialistischer Demokratie zu tun, es erinnert an feudale Bräuche.

Deshalb möchten wir - an einer Stelle, die uns besonders am Herzen liegt - mit einem eigenen Projekt neues sozialistisches Denken und Handeln in Gang bringen:

Wir beantragen mit diesem Brief eine der leerstehenden Fabrikhallen in Berlin Mitte oder Prenzlauer Berg, um unsere Vorstellungen von sozialistischer Kunst in eigener Verantwortung verwirklichen zu können.

Für die Finanzierung einer unumgänglichen Beleuchtungs- und Heizungsanlage schlagen wir 10 % der Kulturausgaben vor, die für 80 000 DDR-Bürger (also für 0,5 % der Bevölkerung) im Staatshaushalt bilanziert sind - denn so viele bekundeten während unserer Auftritte ihre Zustimmung zu SED-unabhängiger Kunst. Bei derzeit 3 Milliarden Mark Kulturausgaben pro Jahr wären das somit 1,5 Millionen Mark, die hier sinnvoll angelegt würden.

Wir garantieren mit unserer Arbeit die Einhaltung jener Kriterien, für die Bert Brecht 1951 in einem 'Offenen Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller' eintrat:

1. Völlige Freiheit des Buches, mit einer Einschränkung.
2. Völlige Freiheit des Theaters, mit einer Einschränkung.
3. Völlige Freiheit der bildenden Kunst, mit einer Einschränkung.
4. Völlige Freiheit der Musik, mit einer Einschränkung.
5. Völlige Freiheit des Films, mit einer Einschränkung.

Die Einschränkung: Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen; und für solche, welche den Völkerhaß fördern.

Gern würden auch wir die Wirklichkeit unseres Landes freundlicher beschreiben, aber sie ist es nicht.

Hochachtungsvoll

Freya Klier  
(Theaterregisseurin)

Stephan Krawczyk  
(Liedermacher)